

Inflationsnarrative in österreichischen Medien: Eine Diskursanalyse

/ Autor: David Pfaffenbichler

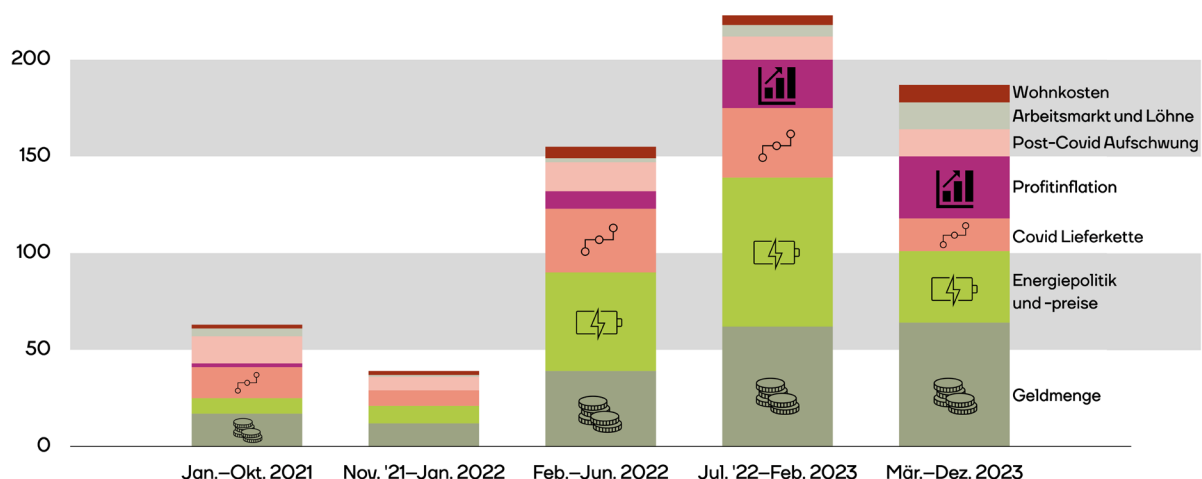
/ März 2026

Um Einblicke in die österreichische Medienlandschaft zu erhalten, wurde für den Zeitraum 2021 bis 2023 eine Analyse zur Berichterstattung über die Inflationsursachen durchgeführt. Die insgesamt 388 analysierten Meinungsartikel aus sieben österreichischen Tageszeitungen über Inflationsursachen waren dabei stark von drei Narrativen geprägt: Geldmenge, Energiepolitik und -preise sowie Covid-Lieferketten. Die hegemoniale Erzählung lautet: Jahrelange Politik des billigen Geldes schuf den Nährboden, Covid-19 und Lieferkettenprobleme lösten den Schock aus, der Ukraine-Krieg und die Energiekrise verstärkten ihn. Inflation erscheint damit als importiertes, extern verursachtes Phänomen. Auffallend ist die Unterrepräsentation von Profitinflation als Erklärungsansatz. Während Inflation als Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit konzeptualisiert werden kann, findet diese Perspektive in der medialen Berichterstattung kaum statt.

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen verdeutlichen jedoch, wie relevant diese Perspektive ist. Seit Beginn der Kampfhandlungen im und um den Iran ist der Rohölpreis wieder angestiegen. Mineralölkonzerne haben die Treibstoffpreise aber unmittelbar und deutlich stärker erhöht, als es die Entwicklung der Rohölpreise nahelegen würde. Solche asymmetrischen Preisreaktionen entsprechen dem Mechanismus der *sellers' inflation*: In Krisensituationen – etwa bei geopolitischen Schocks oder Lieferkettenstörungen – können Unternehmen mit Marktmacht Kostenanstiege nicht nur weitergeben, sondern auch nutzen, um ihre Margen auszuweiten (Weber et al. 2025). Vor diesem Hintergrund erscheint die in vielen Medien dominierende Darstellung von Inflation als primär externem Kostenschock unvollständig: Sie blendet aus, dass Krisenmomente auch als Gelegenheit für Preiserhöhungen über die tatsächlichen Kostensteigerungen hinaus genutzt werden können.

Inflationsnarrative im Zeitverlauf

Nennungen von Inflationsursachen in Meinungsartikeln



Quelle: eigene Darstellung

Anmerkung: Einteilung der Phasen in Post-Covid, Erwachen der Inflation, Kriegsschock, Beginn der Zinswende und Persistenz der Inflation. Kategorie Sonstige nicht dargestellt. Artikelanzahl n: Jan.–Okt. 2021: n=31, Nov. 2021–Jan. 2022: n=23, Feb.–Jun. 2022: n=91, Jul. 2022–Feb. 2023: n=131, Mär.–Dez. 2023: n=112.

/ Zeitliche Entwicklung in fünf Phasen

Die Analyse unterscheidet fünf Phasen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte in der Berichterstattung zeigen:

/ Phase 1 (Januar – Oktober 2021, 31 Artikel)

Frühe Warnsignale: In dieser Anfangsphase dominiert das Narrativ der Geldmenge (17 Nennungen), dicht gefolgt von Covid-Lieferketten (16) und Post-Covid-Aufschwung (14). Die Berichterstattung ist noch relativ ausgeglichen und verhalten, mit insgesamt nur 63 relevanten Artikeln. Die Inflation beginnt erst zu steigen.

/ Phase 2 (November 2021 – Januar 2022, 23 Artikel)

Ruhephase: Die Berichterstattung geht merklich zurück. Weiterhin führt Geldmenge (12 Nennungen), gefolgt von Energiepolitik (9) und Covid-Lieferketten (8). Inflation als Verteilungskonflikt wird gar nicht erwähnt.

/ Phase 3 (Februar – Juni 2022, 91 Artikel)

Kriegsschock: Mit dem russischen Angriffskrieg explodiert die Berichterstattung. Energiepolitik und Energiepreise rücken massiv in den Vordergrund (51 Nennungen) und werden zum dominierenden Narrativ. Geldmenge (39) und Covid-Lieferketten (33) bleiben wichtig. Profitinflation taucht erstmals etwas häufiger auf (9), bleibt aber marginal.

/ Phase 4 (Juli 2022 – Februar 2023, 131 Artikel)

Höhepunkt der Debatte/Zinswende: Dies ist die aktivste Phase mit einem deutlichen Anstieg an relevanten Artikeln. Im Juli 2022 beschloss die EZB die Erhöhung der Leitzinsen um die Inflation zu bekämpfen. Weitere Zinserhöhungen werden folgen. Energiepolitik dominiert mit 77 Nennungen, Geldmenge ist mit 62 weiterhin stark präsent. Covid-Lieferketten (36) werden seltener genannt. Profitinflation erhält nun deutlich mehr Aufmerksamkeit (25), bleibt aber im Vergleich zu den dominanten Narrativen unterrepräsentiert.

/ Phase 5 (März – Dezember 2023, 112 Artikel)

Persistenz und neue Schwerpunkte: Die Berichterstattung ebbt ab. Geldmenge führt nun klar (64 Nennungen), gefolgt von Energiepolitik (37). Profitinflation erreicht ihren höchsten Wert (32) und wird erstmals zu einem relevanten Erklärungsansatz. Auch Wohnkosten (9) und Arbeitsmarkt/Löhne (14) werden häufiger thematisiert.

Über den gesamten Zeitraum summieren sich die Nennungen wie folgt: Geldmenge (194), Energiepolitik (182), Covid-Lieferketten (110), Profitinflation (68), Post-Covid-Aufschwung (62), Arbeitsmarkt und Löhne (27), Wohnkosten (24).

/ Methodik

Die Untersuchung basiert auf einer deskriptiven Diskursanalyse von Meinungsartikeln (Kommentare, Gastkommentare, Kolumnen, Analysen) aus sieben österreichischen Tageszeitungen: Der Standard, Die Presse, Kurier, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten und Tiroler Tageszeitung.

/ Datenerhebung

Über das Onlinearchiv der Austria Presse Agentur (APA) wurden Artikel im Zeitraum 2021–2023 mittels Suchanfragen identifiziert, die Zeitungssparten (z.B. "Gastkommentar") mit dem Begriff "Inflation" verknüpften. Nach einer Grobanalyse verblieben 388 relevante Artikel im Datenkorpus.

/ Analyseverfahren

Die Texte wurden systematisch kodiert: Jedem Artikel wurden basierend auf den darin genannten Inflationsursachen spezifische Codes zugeordnet. Aus diesen Codes wurden induktiv Kategorien entwickelt, die die verschiedenen Inflationsnarrative abbilden. Um Verzerrungen zu vermeiden, wurde jedes Narrativ pro Artikel maximal einmal vergeben, auch wenn es mehrfach erwähnt wurde. Pro Artikel können allerdings verschiedene Narrative zugeordnet sein.

/ Kategorienbildung

Die entwickelten Hauptkategorien sind: 1. Covid-Lieferketten, 2. Post-Covid Aufschwung, 3. Geldmenge, 4. Energiepolitik und Energiepreise, 5. Arbeitsmarkt und Löhne, 6. Wohnkosten, 7. Profitinflation und 8. Sonstige. Eine detaillierte Erklärung findet sich in der Tabelle im Anhang, wo die Hauptkategorien durch Unterkategorien und Codebeispiele beschrieben werden.

/ Diskurstheoretischer Rahmen

Die Analyse folgt einem diskurstheoretischen Ansatz nach Foucault und Gramsci: Diskurse sind nie neutral, sondern eingebettet in Machtverhältnisse. Hegemoniale Diskurse naturalisieren bestimmte Deutungen und marginalisieren alternative Perspektiven. Die Frage lautet: Welche Narrative dominieren, wer kann sie setzen, und welche Sichtweisen werden ausgeschlossen?

/ Politische Ableitungen

Die Berichterstattung über Inflationsursachen hat weitreichende politische Konsequenzen. Wenn Inflation primär als Geldmengenphänomen und als Folge externer Schocks dargestellt wird, erscheinen Leitzinserhöhungen durch die EZB als logische und alternativlose Antwort. Andere Möglichkeiten wie Preiseingriffe werden nicht ernsthaft diskutiert, da die Antwort (Zinserhöhung) offensichtlich erscheint.

/ Wer trägt die Kosten?

Die Rahmung von Inflation als geldmengeninduziert verschleiert jedoch die tatsächlichen Verteilungseffekte. Beschäftigte werden doppelt getroffen: Erst durch Reallohnverluste aufgrund der ursprünglichen Preisanstiege, dann durch die Folgen restriktiver Zinspolitik – verteuerte Kredite, gebremste Investitionen, steigende Arbeitslosigkeit.

Umgekehrt profitiert die Kapitalseite gleich mehrfach: Zunächst durch gestiegene Gewinnmargen, dann durch höhere Renditen aufgrund gestiegener Zinsen, schließlich durch einen geschwächten Arbeitsmarkt mit reduzierter Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen.

/ Ausgeblendete Alternativen

Die hegemoniale Erzählung geldmenginduzierter Inflation blendet dabei alternative Instrumente systematisch aus, die profitinduzierte Inflation zumindest mitberücksichtigt:

- / **Direkte Preisinterventionen** statt finanzieller Kompensation der Bevölkerung
- / **Abschöpfung von Übergewinnen** bei Unternehmen mit gestiegenen Margen
- / **Erhöhte Preistransparenz** zur Identifikation ungerechtfertigter Preiserhöhungen
- / **Stärkung des Wettbewerbs** statt Duldung von Marktkonzentration

Statt diesen, im öffentlichen Diskurs marginalisierten Instrumenten, setzte die österreichische Regierung im Beobachtungszeitraum auf Einmalzahlungen – ein Mechanismus, der Steuergeld über den Konsum direkt zu profitierenden Unternehmen umleitet und auf diese Weise die Umverteilung von unten nach oben fortschreibt. Ganz abgesehen von den budgetären Folgen dieser Politik, die den Handlungsspielraum der Nachfolgerregierung massiv einschränkt.

/ Literatur

Weber, I. M., Wasner, E., Lang, M., Braun, B., & van't Klooster, J. (2025). [Implicit coordination in sellers' inflation: How cost shocks facilitate price hikes](#). *Structural Change and Economic Dynamics*, 74, 690-712.

/ Anhang

Kategorien	Unterkategorien	Codebeispiele
Covid Lieferkette (Angebotsseite)	- Lieferkette (Unterbrechungen) - Lieferengpass - Transport (Kosten, Verzögerungen) - Rohstoffmangel/-preise	Steigende Rohstoffpreise, Lieferkettenprobleme [...] treiben viele Preise nach oben. Die Teuerung wird durch Probleme in Lieferketten getrieben, etwa bei Autos, wo Halbleiter fehlen.
Post-Covid Aufschwung (Nachfrageseite)	- Wirtschaftlicher Aufschwung - Aufgeschobener Konsum oder Nachholkonsum (nach Covid/Lockdowns)	Die Ursache liegt auf der Hand: Während mehr oder weniger harter Lockdowns haben die Österreicher in Summe viel gespart. Seit den Öffnungen entlädt sich eine angestaute Nachfrage, die auf tendenziell weniger Lokale mit weniger Personal trifft. Dass die Wirte mit höheren Preisen reagieren, gehört zu einer freien Marktwirtschaft dazu. Der zweite [Inflationstreiber]: Die starke Nachfrage führte zu Lieferschwierigkeiten, es wurden zu wenige Autos und Möbel produziert.

Geldmenge

- Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (Leitzinsen, Quantitative Lockerung (Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB), Programm zum Ankauf von Vermögenswerten)
- Expansive Fiskalpolitik der nationalen Regierungen/EU
- Zinspolitik der USA/schwacher Euro

Zu all dem kommen die negativen Auswirkungen des billigen Geldes immer mehr zum Vorschein. Allen voran das Überhitzen der Immobilienmärkte und weitere künstlich gepushte Vermögenspreise. Die EZB möchte auf Zeit spielen, um die Inflationsraten auch ohne restriktive Geldpolitik zu lösen. Aber die heutigen geldpolitischen Entscheidungen wirken ohnehin erst mit Zeitverzögerungen von bis zu zwei Jahren auf die Inflation. Es ist daher an der Zeit, den Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik einzuleiten.

Somit war es überfällig, auf die geldpolitische Bremse zu treten, zumal die Notenbank mit ihrer jahrelangen Politik des billigen Geldes auch selbst einen Grundstein für den Teuerungsschub gelegt hat.

Trotzdem verteilt die Regierung seit Monaten Geld per Gießkanne. [...] Dass die Regierung auf jede soziale Treffsicherheit verzichtete, führt zu dem paradoxen Ergebnis, dass durch die Hilfen das einkommensstärkste Drittel der Gesellschaft finanziell heuer besser dasteht als ohne Krise. Das hat den Konsum angefacht und treibt damit die Inflation.

Energiepolitik und Energiepreise

- Energie
- Gas
- Öl
- Fossile Energiepreise
- Fossile Abhängigkeit
- Abhängigkeit von Russland und/oder Gas
- Merit-Order¹
- Übergang zu erneuerbaren Energieformen
- CO₂-Steuer

Zunächst, weil es derzeit noch vor allem der starke Anstieg der Preise für Öl und Gas ist, der die Gesamtinflation anfacht.

Vor allem die Energiepreise treiben die Teuerung an.

Und dann gibt es noch den Preistreiber Energiewende. Wenn schmutzige fossile Energieträger politisch gewollt teurer werden, andere Preise aber nicht sinken, dann kommt es zu Inflation.

Arbeitsmarkt und Löhne

- Lohnerhöhungen
- Personalmangel
- Vollbeschäftigung
- Lohn-Preis-Spirale

Der pandemiebedingte Mangel an [...] Arbeitskräften lässt die Preise ebenfalls steigen.

Die gegenwärtig hohe Inflation ist eine Folge des Zusammentreffens mehrerer Faktoren: So führt etwa der Rebound nach dem Pandemieknick beziehungsweise das zeitgleiche starke Wirtschaftswachstum in fast allen Ländern des Westens zu einem Austrocknen der Arbeitsmärkte.

Wohnkosten

- Miete
- Immobilienpreise
- Bauwirtschaft

Immobilienpreise und Mieten sind schon lange wichtige Inflationstreiber [...] denn eine Mietpreisbremse könnte die Inflation zumindest ein wenig eindämmen.

¹ Die Merit-Order Energiebepreisung richtet sich nach den Betriebskosten des letzten notwendigen Kraftwerks, um den Energiebedarf zu decken. Zumeist ist das Gas.

Profitinflation

- Unverhältnismäßige Beziehung von Angebot und Nachfrage
- Marktmacht (Marktkonzentration)
- Fehlender Wettbewerb
- Profit (Profit-Preis-Spirale)
- Verteilungskampf
- (Fehlende) staatliche Eingriffe
- Spekulation

Die Hauptursache der hohen Inflation ist die massive Verteuerung von Energie, Nahrungsmitteln und Wohnen. Dahinter stecken Verteilungskämpfe zwischen den Besitzern (kurzfristig) nicht vermehrbaren Güter [...] und den Haushalten und Unternehmen.

Doch ein Teil der hohen Preise ist hausgemacht. Heimische Stromerzeuger verdienen viel Geld mit kriegsbedingten Übergewinnen.

Es geht längst nicht mehr nur darum, dass Unternehmen ihre Preise anheben, weil Kosten so viel höher sind. Betriebe passen ihr Verhalten an das neue wirtschaftliche Umfeld an. Das heißt vor allem, Entscheidungen auf Basis höherer Inflationserwartungen zu treffen. So kann es rational werden, Waren zurückzuhalten und mit dem Verkauf zu warten, bis die Preise fürs eigene Produkt weiter steigen. Beobachten lässt sich das etwa am Markt für Brennholz. Diese Strategie sorgt dafür, dass Waren knapper werden, was die Preise erst recht steigen lässt. Das Umfeld ist auch ideal für Unternehmen mit Marktdominanz, um ihre Gewinnmargen zu erhöhen die Deutsche Bundesbank hat das schon vor Monaten festgehalten.

Die Teuerung begann mit höheren Energiepreisen und wuchs sich zu einer Gewinninflation aus, insbesondere durch Preiserhöhungen großer Konzerne

Sonstige

- Basiseffekt², (inkompetente) Politiker:innen, sozialistische Dominanz in Parteien, statistische Methoden/Messung
- Covid (Lockdowns, ökonomischer Schock), Ukraine-Krieg, Russland-Sanktionen, De-Globalisierung, aufstrebende Märkte (z. B. China), importiert
- Lebensmittelpreise, Gastronomie, Tourismus, Gebühren, Dienstleistungssektor

Die Regierung hat maßgeblichen Anteil an der überdurchschnittlich hohen Inflation. Sie hat bei deren Bekämpfung gehörig versagt.

Da in vielen Bereichen eine quasi automatische Inflationsanpassung praktiziert wird, etwa bei Löhnen, Pensionen, Mieten oder öffentlichen Gebühren, bleibt eine einmal hohe Inflationsrate auch nachhaltig hoch.

Diese Dominanz der Sozialisten in allen Parteien strahlt in nahezu alle Politikbereiche aus. In der Wirtschaftspolitik sind exzessive Schulden, übermäßige Steuern und schließlich, wir erleben es heute, Geldentwertung die Folge.

² Etwa durch fossile Preisstürze: Zu Beginn der Pandemie fielen Großhandelspreise für Öl ins Negative (Le et al. 2021). Basiseffekte sind hier so zu verstehen: Wenn ein Jahr später wieder durchschnittliche Preise herrschen und der Vergleich dieser Preise zu denen aus dem Vorjahr (negative Preise) durchgeführt wird, ist ein deutlicher Preisaufschwung feststellbar.

Zitiervorschlag:

Pfaffenbichler, David (2026). *Inflationsnarrative in österreichischen Medien: Eine Diskursanalyse*. Momentum Policy Note 1/2026.